



## GLB Antrag 5 an die 176. Vollversammlung der AK Wien

### Rechtsanspruch auf Kinderbildung und -betreuung – Finanzierung aufstocken!

In Österreich kommen weniger als 50 % der Kinder ganztägig in Betreuungseinrichtungen unter. Das bedeutet für Eltern, vorwiegend Mütter, dass das Ausmaß der Lohnarbeit stark reduziert werden muss, bzw. viel Stress, wenn dies aus existentiellen Gründen nicht möglich ist. Das führt zu niedrigem Einkommen mit langfristigen Folgen, u.a. prekären Lebens-, Gesundheits- und Wohnverhältnissen und Altersarmut.

Das Fehlen von Betreuungseinrichtungen wirkt sich weiters auf die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern aus, Förderung und soziales Lernen bilden den Grundstein für den späteren Berufsweg.

Laut EU-SILC 2020 sind in Österreich 350.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie 642.000 Frauen und 537.000 Männer von Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Diese Zahlen können auch in direktem Zusammenhang mit fehlender Kinderbetreuung und erzwungener Teilzeitbeschäftigung gebracht werden – schlechte Betreuung, schlechte Bildung, schlechte Arbeitsplätze, bzw. Arbeitslosigkeit.

2017 wurden von SPÖ und ÖVP (Kanzler Kern und Vizekanzler Mitterlehner) 750 Millionen Euro für schulische Nachmittagsbetreuung für den Zeitraum von 2018–2025 bereitgestellt, bereits 2018 wurde dieser Zeitraum von der ÖVP-FPÖ-Regierung auf von 2018–2032 ausgedehnt, was einer massiven Kürzung gleichkommt.

Kinder- und Frauenorganisationen und Sozialpartner\*innen fordern zu Recht die Aufstockung dieser Mittel und den Rechtsanspruch auf Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsplätze um die Bildungschancen deutlich zu verbessern und der zunehmenden Armutgefährdung entgegen zu wirken und der Gleichberechtigung einen kleinen Schritt näher zu kommen.

**Die 176. Vollversammlung der AK Wien fordert die Bundesministerin für Frauen- und Familie, Jugend und Integration, den Bundesminister für Finanzen und die österreichische Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu treffen:**

- **Rechtsanspruch auf flächendeckende und kostenlose Kinderbetreuung.**
- **Aufstockung des jährlichen Budgets für Kinderbildung und -betreuung um 1,2 Milliarden Euro.**
- **Ausbau der Ganztagesbetreuung für Kinder ab dem 1. Lebensjahr mit ausreichend und gut qualifiziertem und bezahltem Personal.**
- **Förderung von Betriebs- und Standortkindergärten.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich